

Landkreis Vorpommern-Rügen

3. Wahlperiode

Antrag

Einreicher:

Fraktion DIE LINKE.

Vorlagen Nr.:

Status: öffentlich

| Gremium | Zuständigkeit | Sitzungstermin |
|---------------------------|---------------------------|----------------|
| Kreistag Vorpommern-Rügen | Kreistag Vorpommern-Rügen | 12.12.22 |

Voraussetzung für die Aufnahme von geflüchteten Kindern und Jugendlichen verbessern

Antrag:

Der Kreistag des Landkreises Vorpommern-Rügen weist die zuständigen Landes- und Bundesbehörden auf die angespannte Situation der kreisangehörigen Kommunen bei der Aufnahme von geflüchteten Kindern und Jugendlichen, besonders in Hinsicht von Kita-Betreuung und Beschulung hin.

Der Landrat wird aufgefordert dies im Namen des Landkreises deutlich zu machen.

Viele kreisangehörige Kommunen sind mit den derzeit zur Verfügung stehenden Mitteln in diesem Bereich nicht mehr in der Lage, bei weiteren Zuweisungen von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen ihre gesetzlichen Verpflichtungen als Schulträger zu erfüllen. Dazu sind dringend kurzfristig und schnell Landes- oder Bundesmittel erforderlich. Der Kreistag fordert von Bundes- und Landesregierung eindringlich, hier unverzüglich tätig zu werden.

Wenn das Land die entsprechenden Quoten laut Flüchtlingsgesetz MV in die Kommunen zuweist, müssen auch die ausreichenden materiellen und personellen Ressourcen dorthin zugewiesen werden. Und dies sofort.

Begründung:

Es ist es weder moralisch vertretbar, noch solidarisch gegenüber anderen Kommunen, die auch Probleme im Zusammenhang mit der Aufnahme von geflüchteten Menschen lösen müssen, wenn diese aus materiellen oder bürokratischen Gründen nicht mehr aufgenommen werden sollen, wie es in einigen Kommunen, auch in Vorpommern-Rügen, angedacht wird. Deshalb muss der Kreistag hier aktiv werden.

Daher ist es richtig und geboten, unsere Probleme im Zusammenhang mit der Integration und Versorgung, auf Kreis-, Landes- und auch Bundesebene deutlich zu machen. Ziel sollte aber sein, diese Aufgabe zu meistern und dafür die Mittel einzufordern und nicht hilfeschende Menschen abzublocken, die vor Krieg, extremen Hunger und Tod aus ihrer Heimat fliehen mussten.

Stralsund, den 2.6.22

Ort, Datum



Fraktionsvorsitzende